

Inflation schwächt Konsumnachfrage und verschärft Ungleichheit

Die steigenden Preise spüren alle Verbraucher*innen – [aber nicht in gleichem Maß](#). Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gaben 61 Prozent der Befragten an, in den letzten Monaten ihren Konsum zurückgefahren zu haben. Das ist der höchste Wert seit 2005. Gespart wird in erster Linie beim Restaurantbesuch, beim täglichen Einkauf oder beim Urlaub. Die Anzahl abgeschlossener Ratenkredite ist 2022 sprunghaft um 30 Prozent auf 9,1 Millionen Verträge angestiegen. Immer mehr Menschen können die notwendigen Ausgaben nicht mehr aus den eigenen Einkommen bestreiten.

Die Konsumzurückhaltung liegt einerseits an den sinkenden Reallöhnen in den vergangenen drei Krisenjahren und der hohen Inflationsrate. Andererseits mussten viele Haushalte auf ihr Vermögen – v. a. in Form von Spareinlagen - zurückgreifen, sehen dieses aber (langsam) durch die hohen Preise aufgezehrt. Dabei besaß die untere Hälfte der Bevölkerung 2022 keine drei Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland (siehe Grafik).

Gleichzeitig nahm die Vermögenskonzentration weiter zu und die reichsten zehn Prozent konnten ihr Vermögen trotz oder wegen der Krisen bei 63 Prozent festigen. Hier spielen z. B. Betriebsvermögen eine wichtige Rolle. Es gibt also auch reichlich Krisengewinner*innen.

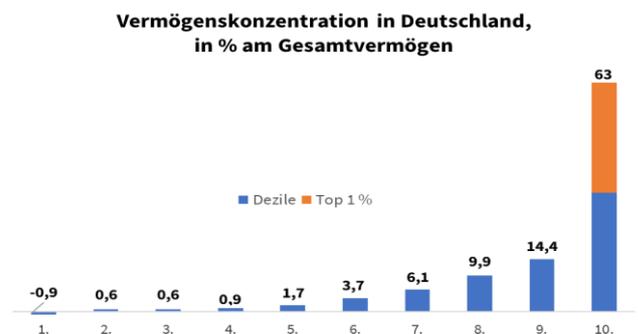
Das zeigt auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, das untersucht hat, inwieweit gestiegene Unternehmensgewinne die Inflation anheizen, also eine „[Gewinnflation](#)“ zu beobachten ist. Hiervon wird gesprochen, wenn Stückgewinne über einen längeren Zeitraum über dem Inflationsziel der EZB von zwei Prozent liegen. Die Forschenden kommen zu dem Ergebnis, dass seit Mitte 2021 Stückgewinne angezogen haben und vor allem in den Bereichen „Baugewerbe“, „Produzierendes Gewerbe ohne Bau- und Verarbeitendes Gewerbe“ sowie „Handel, Verkehr

und Gastgewerbe“ Übergewinne zu verzeichnen sind.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist klar, was angesichts dieser Umverteilung von unten nach oben zu tun ist.

Ein sozial- und wirtschaftspolitisches Muss sind ordentliche Tarifabschlüsse über Inflationsniveau und ein armutsfester Mindestlohn. Sie sind Grundlage dafür, dass Beschäftigte ihre Konsumausgaben bestreiten und ein paar Groschen zurücklegen können, der private Konsum und die Binnennachfrage stabilisiert werden. Eine starke Tarifbindung schafft Marktgegenmacht, sorgt für fairen Wettbewerb und wirkt ausufernden Gewinnen entgegen. Tarifverträge müssen daher wieder mehr Beschäftigten zugutekommen!

Aber auch das Wettbewerbsrecht selbst bietet die Möglichkeit, Übergewinne abzuschöpfen und schädlicher Marktkonzentration entgegenzuwirken. Eine weitere Maßnahme, auch um den Konsum zu stärken, ist eine stärkere Regulierung der Mieten. Wenn 40 oder gar 50 Prozent des Einkommens an die Vermieter*innen gehen, bleibt für weitere Konsumausgaben nicht genug übrig. Schließlich ist ein [gerechteres Steuersystem](#) Gebot der Stunde: Kleine wie mittlere Einkommen müssen entlastet, sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker zur Verantwortung gezogen werden.



Quelle: Global Wealth Report 2023, eigene Darstellung